

# Ausgewählte Beiträge zur Schweizer Politik

Suchabfrage	<b>24.04.2024</b>
Thema	<b>Keine Einschränkung</b>
Schlagnote	<b>Konservative und Rechte Parteien</b>
Akteure	<b>Autopartei / Freiheitspartei (AP / FP)</b>
Prozesstypen	<b>Keine Einschränkung</b>
Datum	<b>01.01.1965 - 01.01.2023</b>

# Impressum

## Herausgeber

Année Politique Suisse  
Institut für Politikwissenschaft  
Universität Bern  
Fabrikstrasse 8  
CH-3012 Bern  
[www.anneepolitique.swiss](http://www.anneepolitique.swiss)

## Beiträge von

Beer, Urs  
Benteli, Marianne  
Bernath, Magdalena  
Brändli, Daniel  
Bühlmann, Marc  
Hohl, Sabine  
Müller, Eva  
Rinderknecht, Matthias  
Schoenholtz, Stephan

## Bevorzugte Zitierweise

Beer, Urs; Benteli, Marianne; Bernath, Magdalena; Brändli, Daniel; Bühlmann, Marc; Hohl, Sabine; Müller, Eva; Rinderknecht, Matthias; Schoenholtz, Stephan 2024. *Ausgewählte Beiträge zur Schweizer Politik: Konservative und Rechte Parteien, Autopartei / Freiheitspartei (AP / FP), 1990 - 2014*. Bern: Année Politique Suisse, Institut für Politikwissenschaft, Universität Bern. [www.anneepolitique.swiss](http://www.anneepolitique.swiss), abgerufen am 24.04.2024.

# Inhaltsverzeichnis

<b>Allgemeine Chronik</b>	1
<b>Sozialpolitik</b>	1
Gesundheit, Sozialhilfe, Sport	1
Medizinische Forschung	1
<hr/>	
<b>Parteien, Verbände und Interessengruppen</b>	1
Parteien	1
Konservative und Rechte Parteien	1

## Abkürzungsverzeichnis

<b>IWF</b>	Internationaler Währungsfonds
<b>EU</b>	Europäische Union
<b>EWR</b>	Europäischer Wirtschaftsraum
<b>KMU</b>	Kleine und mittlere Unternehmen
<b>NEAT</b>	Neue Eisenbahn-Alpentransversale
<b>SAG</b>	Schweizer Allianz Gentechfrei
<b>EG</b>	Europäische Gemeinschaft
<b>ACS</b>	Automobil Club der Schweiz
<b>OFRA</b>	Organisation für die Sache der Frau

---

<b>FMI</b>	Fonds monétaire International
<b>UE</b>	Union européenne
<b>EEE</b>	l'Espace économique européen
<b>PME</b>	petites et moyennes entreprises
<b>NLFA</b>	Nouvelle ligne ferroviaire à traverser les Alpes
<b>StopOGM</b>	Alliance suisse pour une agriculture sans génie génétique
<b>CE</b>	Communauté européenne
<b>ACS</b>	Automobile Club de Suisse
<b>OFRA</b>	Organisation pour la cause des femmes

# Allgemeine Chronik

## Sozialpolitik

### Gesundheit, Sozialhilfe, Sport

#### Medizinische Forschung

**Dafür ausgesprochen hatten sich mit Ausnahme von AP, EDU, LP und SD alle im Parlament vertretenen Parteien**, die Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen, der Bauernverband und die Kleinbauernvereinigung, der Evangelische Kirchenbund, der Katholische Frauenbund, die Standesorganisationen von Chemischer Industrie und Medizin, die Kommission für biologische Sicherheit, der Bund für Naturschutz sowie das ehemalige Initiativkomitee, welches 1987 mit der Einreichung seines Volksbegehrens «gegen Missbräuche der Fortpflanzungs- und Gentechnologie beim Menschen» die Diskussion überhaupt erst lanciert hatte.

Bekämpft wurde der Verfassungsartikel von der Liberalen Partei, welcher die neuen Regelungen bereits zu restriktiv waren. Als zu permissiv wurde er hingegen von AP, EDU, der SD und der Jungen SVP abgelehnt, ebenso von der Vereinigung «Ja zum Leben» unter der Führung des Berner EVP-Nationalrats Zwygart, von zahlreichen Frauenorganisationen wie der Ofra, der FraP und – abweichend von der Gesamtpartei – vom Vorstand der CVP-Frauen, von Behindertenvereinigungen sowie vom Basler Appell gegen Gentechnologie und der Schweizerischen Arbeitsgruppe Gentechnologie (SAG).<sup>1</sup>

## Parteien, Verbände und Interessengruppen

### Parteien

#### Konservative und Rechte Parteien

Zu den eidgenössischen Abstimmungen hat die AP folgende Parolen ausgegeben: Nein zu den Volksinitiativen über den Strassenbau (freie Aarelandschaft zwischen Biel und Solothurn/Zuchwil, autobahnfreies Knonauer Amt, autobahnfreie Landschaft zwischen Murten und Yverdon und «Stopp dem Beton») und die AKW-Politik (Ausstieg aus der Atomenergie, Moratorium) sowie zum Energieartikel und dem Rebbaubeschluss, **Ja zu den Revisionen der Bundesrechtspflege und des Strassenverkehrsgesetzes**.<sup>2</sup>

Das herausragende Ereignis bei der AP war die im Oktober erfolgte **Ablösung des Zentralpräsidenten** Michael Dreher (ZH) durch den anderen Nationalrat der AP, den Berner Jürg Scherrer. Die Ersatzwahl für den Gründer der AP, welcher seinen Rücktritt bereits im Mai angekündigt hatte, verlief problemlos. Hingegen kam es zu einer **weiteren Abspaltung**. Nachdem Drehers autoritärer Führungsstil und dessen umstrittenes Finanzgebahren schon im Vorjahr zu einer Abspaltung in der Innerschweiz geführt hatte, **verselbständigte sich auch die Solothurner Sektion** unter dem Namen «Schweizerische Fortschrittspartei».<sup>3</sup>

An der Delegiertenversammlung vom Oktober wurde beschlossen, die Parteileitlinien und das Parteiprogramm zu überarbeiten. Wie im Vorjahr angekündigt, lancierte die AP zu Jahresbeginn eine **Volksinitiative zur Abschaffung der direkten Bundessteuer**. Damit nahm sie ein altes Anliegen rechtsbürgerlicher und gewerblicher Kreise auf und dokumentierte, dass sie trotz ihres Namens keine sogenannte Einthemenpartei ist. Ihren **Namen hat sie** übrigens an ihrer Delegiertenversammlung vom 30. Juni um den Zusatz «**Die Freiheitlichen**» ergänzt.<sup>4</sup>

POSITIONSPAPIER UND PAROLEN  
DATUM: 18.05.1992  
MARIANNE BENTELI

POSITIONSPAPIER UND PAROLEN  
DATUM: 07.05.1990  
MATTHIAS RINDERKNECHT

PARTEICHRONIK  
DATUM: 25.07.1990  
MATTHIAS RINDERKNECHT

VOLKSINITIATIVE  
DATUM: 22.10.1990  
MATTHIAS RINDERKNECHT

**PARTEICHRONIK**  
DATUM: 07.11.1990  
MATTHIAS RINDERKNECHT

Bei der Genfer Vigilance wurde ein **Richtungsstreit zwischen Extremisten und Gemässigten** ausgetragen. Nachdem im Frühjahr ein neuer Präsident gewählt worden war – der allerdings ein halbes Jahr später wieder demissionieren sollte –, wurde unter Führung der kantonalen Parlamentarier eine **neue Partei unter dem Namen «Mouvement patriotique genevois (MPG)» ins Leben gerufen**. Diese neue Bewegung lehnte Kontakte mit der NA/SD ebenso wie solche zu ausländischen rechtsextremen Parteien wie z.B. dem französischen «Front national» ab. Anfänglich suchte das MPG eine Allianz mit der Auto-Partei aufzubauen, musste jedoch die Verhandlungen wieder abbrechen. Einige Vertreter der Vigilance im Stadtparlament schlossen sich jedoch nicht dem MPG, sondern der Auto-Partei an.<sup>5</sup>

**WAHLEN**  
DATUM: 11.11.1990  
MATTHIAS RINDERKNECHT

Bei den Wahlen konnte die AP die **früheren Erfolge nicht wiederholen**. In der Waadt und im Jura trat sie gar nicht erst an, und im Kanton Bern erzielte sie bei einem Wähleranteil von 1,9% nur einen einzigen Sitz. Da sie auch in der Stadt Zürich leer ausging (Stimmenanteil 3,3%), blieben ihr als **einziges Erfolgserlebnis die Wahlen in der Stadt Winterthur**. Hier eroberte sie bei einem Wähleranteil von 6,0% drei Sitze.

**PARTEICHRONIK**  
DATUM: 21.11.1990  
MATTHIAS RINDERKNECHT

In der Stadt Genf konnte die AP von der Aufsplitterung der Vigilance profitieren: **fünf ihrer Stadträte (Legislative) traten in die Genfer Sektion der AP ein**.<sup>6</sup>

**PARTEICHRONIK**  
DATUM: 20.04.1991  
MATTHIAS RINDERKNECHT

Am Parteitag der AP vom 20. April in Glattbrugg (ZH) gab sich die Auto-Partei, welche ihre Prinzipien bisher in Leitlinien festgehalten hatte, zum ersten Mal ein umfangreiches **Parteiprogramm. Verkehrs- und Asylpolitik** bilden darin die Hauptpfeiler, wobei die grundsätzliche Forderung nach **weniger Staat und mehr Freiheit** alle Bereiche durchzieht. In der **Drogenpolitik** sprach sich die AP **gegen jegliche Liberalisierung** und Legalisierung des Konsums und für eine Arbeitstherapie für Drogenabhängige in geschlossenen Heimen aus. Lediglich bei der **Landwirtschaftspolitik** gab es **inhaltliche Meinungsverschiedenheiten**, so dass der entsprechende Artikel von der Programmkommission nochmals überarbeitet werden musste. Der Bereich Europäische Integration und Aussenpolitik wurde mangels einer einheitlichen Linie gar nicht in das Programm aufgenommen.<sup>7</sup>

**POSITIONSPAPIER UND PAROLEN**  
DATUM: 05.08.1991  
MATTHIAS RINDERKNECHT

Zu den eidgenössischen Abstimmungen fasste die Auto-Partei die **Ja-Parole bezüglich des Wahl- und Stimmrechtsalters 18** und lehnte die Initiative zur Förderung des öffentlichen Verkehrs ab. Ebenfalls abgelehnt wurden die Bundesfinanzreform, weil die direkte Bundessteuer beibehalten wurde, und die Barras-Reform. Die AP unterstützte auch das rechtsbürgerliche Referendumskomitee gegen den Beitritt zum IWF und zur Weltbank. Die im Vorjahr von der AP lancierte Volksinitiative für eine Abschaffung der direkten Bundessteuer kam nicht zustande.<sup>8</sup>

**WAHLEN**  
DATUM: 22.10.1991  
MATTHIAS RINDERKNECHT

**Wahlkampfthemen** waren vor allem die **Asyl- und Drogenpolitik**; so sollte der Bundesrat gemäss den Vorstellungen der AP die Genfer Flüchtlingskonventionen kündigen und einen Einwanderungsstopp verhängen, der mit militärischen Mitteln durchgesetzt würde. Eher am Rande figurierte das Thema der Europapolitik; am Parteitag in Kirchberg (SG) vom 31. August lehnte Parteipräsident Scherrer sowohl den EWR-Vertrag als auch einen eventuellen EG-Beitritt ab.

Das erklärte Ziel für die Nationalratswahlen war die Fraktionsstärke; die AP schoss mit **sechs Sitzgewinnen (neu 8)** sogar darüber hinaus und konnte ihren bisherigen **Wähleranteil fast verdoppeln (auf 5,1 %)**, womit sie zu den eigentlichen Wahlsiegerinnen gehörte.

Gemäss den Erhebungen der VOX-Analyse hat ungefähr die Hälfte der AP-Wählerschaft aus Unzufriedenheit über die behördliche Asylpolitik für diese Partei gestimmt. Ein Kennzeichen dieser Wählerschaft war im übrigen ein geringes oder sogar vollständig abwesendes Vertrauen in den Staat. Gegenüber 1987 hat sich ein Ausgleich bezüglich Alter und Geschlecht der Wählerschaft ergeben.

Auf kantonalen und kommunalen Ebene wurde das rasante Vorprellen der AP – insgesamt 47 Sitzgewinne in kantonalen Parlamenten seit 1987 allerdings etwas gebremst; nur im Kanton Zürich konnte sie **neu zwei Mandate** gewinnen, im Kanton Baselland ging sie leer aus. Eine neue Kantonalpartei wurde in Appenzell-Ausserrhoden

gegründet.<sup>9</sup>

**PARTEICHRONIK**  
DATUM: 28.10.1991  
MATTHIAS RINDERKNECHT

Die Absicht, vom Image der Einthemenpartei wegzukommen, äusserte sich auch darin, einen **neuen Namen für die Partei** zu suchen. Der Vorschlag des Zentralvorstands, eine Umbenennung in «Freie Bürgerpartei Schweiz» vorzunehmen, wurde jedoch von der **Delegiertenversammlung abgelehnt**; sie behielt somit vorläufig ihren alten Namen.<sup>10</sup>

**BUNDESRATSGESCHÄFT**  
DATUM: 31.08.1992  
MATTHIAS RINDERKNECHT

Unterstützt vom ACS, dem Nutzfahrzeugverband ASTAG sowie der Fraktion SD/Lega lancierte die AP das **Referendum** gegen die vom Parlament beschlossene **Treibstoffzollerhöhung** von 20 Rappen pro Liter.<sup>11</sup>

**POSITIONSPAPIER UND PAROLEN**  
DATUM: 31.08.1992  
MATTHIAS RINDERKNECHT

Zu **sämtlichen eidgenössischen Abstimmungsvorlagen** ausser jener über die Revision des Stempelsteuergesetzes empfahl die AP die **Nein-Parole**. Diejenige zum EWR-Beitritt wurde einstimmig gefasst.<sup>12</sup>

**PARTEICHRONIK**  
DATUM: 07.11.1992  
MATTHIAS RINDERKNECHT

Die Delegiertenversammlung der AP in Reiden (LU) beschloss die **Unterstützung der Volksinitiative** des Gewerbeverbandes und des Redressement National zur **Abschaffung der direkten Bundessteuer**. Die AP verlangte auch weitere **Deregulierungsmassnahmen** in den Bereichen **Umweltschutz, Raumplanung und Baurecht**, um das Investitionsklima zu verbessern.<sup>13</sup>

**PARTEICHRONIK**  
DATUM: 07.11.1992  
MATTHIAS RINDERKNECHT

Die von der Aargauer Sektion der AP **geforderte Wiedereinführung der Todesstrafe**, die drastische Erhöhung der Strafen für schwere Verbrechen sowie der lebenslängliche Landesverweis für strafbar gewordene Ausländer blieb nicht ohne Resonanz. Im November stimmte die Delegiertenversammlung mit 36 zu 5 Stimmen dem Antrag der Aargauer Kantonalpartei zu, das Parteiprogramm mit einem **Kapitel über die Bekämpfung der Kriminalität** zu ergänzen.<sup>14</sup>

**PARTEICHRONIK**  
DATUM: 10.11.1992  
MATTHIAS RINDERKNECHT

Der Zentralvorstand der AP hat den Präsidenten der Sektion beider Basel, Sam Champion, laut Angaben von Zentralpräsident Scherrer(BE) wegen **eigenmächtiger Amtsführung, widerrechtlicher Verwendung** von Parteigeldern und unkooperativem Verhalten gegenüber dem Vorstand seines Amtes enthoben und aus der Partei ausgeschlossen. Nachdem neue Sektionen für Basel-Land und für den Stadtkanton gegründet worden waren, wurde gegen Ende des Berichtsjahres die immer noch weiterbestehende Sektion beider Basel aus der gesamtschweizerischen AP ausgeschlossen.<sup>15</sup>

**PARTEICHRONIK**  
DATUM: 10.11.1992  
MATTHIAS RINDERKNECHT

Inhaltliche Differenzen tauchten erneut zwischen den Sektionen der **Romandie**, welche lediglich eine Interessenpolitik im **Verkehrsbereich** anstreben, und den **deutschschweizerischen Parteien** mit ihren rechtsextremen Positionen in der **Ausländer- und Asylpolitik** auf. Die Abspaltung eines Teils der **solothurnischen Sektion der AP**, welcher sich 1990 unter der Bezeichnung «Fortschrittspartei» verselbständigt hatte, wurde wieder **rückgängig gemacht**.<sup>16</sup>

**WAHLEN**  
DATUM: 22.11.1992  
MATTHIAS RINDERKNECHT

Bei **kantonalen Wahlen** konnte die AP neu mit drei Sitzen ins Parlament von Basel-Stadt einziehen. Im **Kanton St. Gallen** konnte sie ihren Wähleranteil **verdreifachen** und ihre Mandatszahl von sieben auf neunzehn erhöhen. Im Kanton Thurgau stagnierte sie hingegen, und in Schaffhausen verlor sie sogar ein Mandat. Zum ersten Mal eroberte sie auch ein Mandat in einer **Exekutive**: Zentralpräsident und Nationalrat Scherrer (BE) wurde in den **Bieler Gemeinderat** gewählt.

**WAHLEN**

DATUM: 30.01.1993  
MATTHIAS RINDERKNECHT

Bei **kantonalen Wahlen** konnte die AP im **Aargau sieben zusätzliche Sitze erobern** und erreichte insgesamt 19 Mandate und 9,4% Wähleranteil. Im Kanton Solothurn hingegen stagnierte sie. Eine neue Sektion wurde im Kanton Zug, in welchem 1994 Wahlen stattfinden, gegründet.<sup>17</sup>

**PARTEICHRONIK**

DATUM: 14.04.1993  
MATTHIAS RINDERKNECHT

**Fraktionschef Dreher (ZH) gab sein Amt an Steinemann (SG) weiter.** Der geplante Rücktritt Scherrers (BE) als Präsident wurde wieder rückgängig gemacht, nachdem dieser administrative Aufgaben an die neu geschaffene Stelle eines geschäftsführenden Vizepräsidiums unter Nationalrat Borer (SO) abgeben konnte. In der Öffentlichkeit wurde der Wechsel in der Fraktionsspitze als Versuch der AP interpretiert, vom **Bild einer Poltererpartei wegzukommen** und dadurch zumindest bei den grossen bürgerlichen Parteien einen Image-Gewinn zu verbuchen.<sup>18</sup>

**POSITIONSPAPIER UND PAROLEN**

DATUM: 08.11.1993  
MATTHIAS RINDERKNECHT

**Ohne Gegenstimmen lehnte die AP die Treibstoffzollerhöhung, die Initiative zur Abschaffung der Tierversuche und die beiden Armeeinitiativen** (Waffenplätze und neue Kampfflugzeuge) ab. Ablehnung wurde auch zum Bundesbeschluss gegen den Waffenmissbrauch, gegen den Kantonswechsel des Laufentals, gegen alle vier Teile der Mehrwertsteuer sowie die Werbeverbotsinitiativen beschlossen. Die AP unterstützte das von der Lega lancierte Referendum gegen die Blauhelmvorlage; Nationalrat Steinemann (SG) wurde Co-Präsident des Referendumskomitees.<sup>19</sup>

**WAHLEN**

DATUM: 27.03.1994  
EVA MÜLLER

Bei den **kantonalen Wahlen** konnte die FPS in Bern **fünf Parlamentssitze zulegen** und gewann damit im Berichtsjahr, gemeinsam mit der FDP, am meisten Parlamentssitze hinzu. In Obwalden, wo sie ebenfalls zu den Wahlen antrat, ging **sie jedoch leer aus**.

**PARTEICHRONIK**

DATUM: 13.05.1994  
EVA MÜLLER

Die Auto-Partei benannte sich im Berichtsjahr in die Freiheits-Partei der Schweiz (FPS) um. Damit wollte sie **endgültig von ihrem Einthemen-Image wegkommen** und zusätzliche Wählerschichten ansprechen. Als Untertitel führt sie die Bezeichnung «Die Auto-Partei» jedoch weiter, auch dürfen die Kantonssektionen weiterhin unter dem alten Namen auftreten. So nennt sich die St. Galler Sektion weiterhin Auto-Partei. Im Herbst löste der Solothurner Nationalrat **Roland Borer** Jürg Scherrer (BE) als Parteipräsident ab.<sup>20</sup>

**PARTEICHRONIK**

DATUM: 20.08.1994  
EVA MÜLLER

Einige Mitglieder der Freiheits-Partei wollten im Zusammenhang mit den Problemen in der Zürcher Drogenszene die Einführung der Todesstrafe für Drogendealer zur Diskussion stellen. Sie verwiesen dabei auf das **Beispiel von Malaysia und Singapur**. Der Vorschlag ging aber selbst **innerhalb der Partei vielen zu weit**.<sup>21</sup>

**POSITIONSPAPIER UND PAROLEN**

DATUM: 03.12.1994  
EVA MÜLLER

Bei den eidgenössischen Abstimmungen stimmte die FPS achtmal gegen Bundesrat und Parlament und **bejahte insgesamt nur gerade drei der eidgenössischen Vorlagen**. Vehement wehrte sie sich namentlich auch gegen das Anti-Rassismus-Gesetz.<sup>22</sup>

**POSITIONSPAPIER UND PAROLEN**

DATUM: 22.05.1995  
EVA MÜLLER

In einer **Resolution «Neat: Das Ganze halt!»** forderten die Freiheitlichen eine neue Volksabstimmung über die Neat, da die Zustimmung der Stimmbürger auf heute nicht mehr richtigen Grundlagen bezüglich **Kosten und benötigten Schienenkapazitäten** basiert habe.<sup>23</sup>

**PARTEICHRONIK**

DATUM: 26.08.1995  
EVA MÜLLER

Die autofreundliche Freiheits-Partei feierte im Berichtsjahr ihr 10jähriges Bestehen. An ihrem Jubiläumsparteitag sprach sie sich für die **Abkehr vom Konkordanzprinzip und der Zauberformel** aus und warf dem Bundesrat und den bürgerlichen Bundesratsparteien **politische Misswirtschaft** vor.<sup>24</sup>

**POSITIONSPAPIER UND PAROLEN**  
DATUM: 28.08.1995  
EVA MÜLLER

In den eidgenössischen Wahlkampf zog die Partei vorab mit einer **aggressiven Politik gegen Ausländer und Asylsuchende** unter dem umstrittenen, da historisch gewichtig besetzten Motto «Das Boot säuft ab». Hauptforderungen waren der vollständige Einwanderungs- und Aufnahmestopp für Asylbewerber, die Kündigung des Genfer Flüchtlingsabkommens sowie eine Reduktion des Ausländerbestandes auf EU-Niveau. Heftigen Widerstand meldete die FPS **gegen den EU-Beitritt** oder Zugeständnisse im freien Personenverkehr an. Eine harte Linie fuhr die Partei auch in Drogenfragen, wo sie der Liberalisierung den Kampf ansagte. Nach wie vor eliminieren will sie zudem die direkte Bundessteuer.<sup>25</sup>

**WAHLEN**  
DATUM: 22.10.1995  
EVA MÜLLER

Entgegen günstigen Prognosen verpasste die Freiheits-Partei bei den eidgenössischen Wahlen nicht nur ihr Ziel, stärkste Nichtregierungspartei zu werden, sondern sie **verlor sogar Wählerprozente und einen Nationalratsitz**. Danach kam es zu parteiinternen Spannungen um den Stil der Partei, gegen den insbesondere Nationalrat Giezendanner (AG) protestierte.<sup>26</sup>

**WAHLEN**  
DATUM: 04.05.1996  
EVA MÜLLER

Nach dem letztjährigen schwachen Ergebnis bei den eidgenössischen Wahlen musste die Freiheits-Partei im Berichtsjahr auch auf **kantonalen Ebene massive Sitzverluste hinnehmen**. In St. Gallen büsste sie im Februar mit 9 fast die Hälfte ihrer bisherigen Mandate ein, wobei die verlorenen Sitze allesamt an die erstmals antretende SVP gingen. Parteipräsident Roland Borer kündigte deshalb an einer Delegiertenversammlung im Februar eine stärkere Abgrenzung zur SVP und eine Konzentration auf die traditionellen Parteithemen an. Es gelte klarzumachen, dass nicht die SVP, sondern die **Freiheits-Partei die «einzige bürgerliche Oppositionspartei»** im Lande sei. Weiter kündigte er Änderungen im politischen Stil an; man könne Opposition nicht mehr nur um der Opposition willen betreiben. Trotz dieser Umorientierung fuhr die FPS in Schaffhausen, Thurgau und Basel-Stadt weitere Sitzverluste ein.<sup>27</sup>

**POSITIONSPAPIER UND PAROLEN**  
DATUM: 13.05.1996  
EVA MÜLLER

Die Delegierten der FPS hiessen ein restriktives Drogenkonzept gut. Gemäss diesem sollen Abhängige von der Fürsorge nur noch unterstützt werden, wenn sie sich für eine **abstinentorientierte Therapie entschliessen**. Entzugsunwillige seien zum Entzug zu zwingen. Abgelehnt wurden alle Massnahmen der Überlebenshilfe, die nicht unmittelbar dem Ziel der Abstinenz dienen, also etwa die Heroin- oder Methadonabgabe und Notschlafstellen. Weiter will die Partei schärfer gegen drogenkonsumierende Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer vorgehen; Urinkontrollen sollen im Verkehr, aber auch am Arbeitsplatz üblich werden.<sup>28</sup>

**PARTEICHRONIK**  
DATUM: 28.05.1996  
EVA MÜLLER

Neben Wahlverlusten kam es bei der Freiheits-Partei zu medienträchtigen Parteiaustritten. Im Kanton Aargau liefen im **April vier Grossräte** der einstmaligen 19köpfigen FP-Fraktion im Grossen Rat **zur FDP über**, nachdem zuvor bereits ein FP-Grossrat zu den Schweizer Demokraten gewechselt hatte. Ende Mai **wechselte der Aargauer Nationalrat Ulrich Giezendanner**, der sich wiederholt vom rechtspopulistischen Stil der FPS distanziert und sich im eigenen Lager mit der Idee einer Fusion mit FDP oder SVP Feinde geschaffen hatte, nach längeren Verhandlungen mit der FDP **überraschend zur SVP**.<sup>29</sup>

**POSITIONSPAPIER UND PAROLEN**  
DATUM: 19.08.1996  
EVA MÜLLER

Die FPS forderte die Aufhebung des Neat-Beschlusses, da diese **unnötig und nicht finanzierbar sei**. Stattdessen drängte sie auf einen sofortigen Bau eines **zweiten Strassentunnels am Gotthard**.<sup>30</sup>

**PARTEICHRONIK**  
DATUM: 26.11.1996  
EVA MÜLLER

Heftige Reaktionen löste ein Inserat der Freiheitlichen für die SVP-Asylinitiative «Gegen die illegale Einwanderung» aus, das in **Karikaturform einen Schweizer zeigt, der einen Menschen mit einem Tritt zum «Schweizer Haus» hinausbefördert**. FDP, CVP, SP und kleinere Parteien verurteilten das Inserat als menschenverachtend.<sup>31</sup>

**WAHLEN**  
DATUM: 02.03.1997  
EVA MÜLLER

Bei den **kantonalen Wahlen** büsste die FPS **neben 15 Sitzen in ihrer einstigen Hochburg Aargau drei Sitze in Solothurn** ein und verlor in beiden Kantonen den Fraktionsstatus. Damit fuhr sie wie bereits im Vorjahr die grössten Sitzverluste aller Parteien ein.

**VOLKSINITIATIVE**  
DATUM: 29.07.1997  
EVA MÜLLER

Spätestens nach massiven Sitzverlusten bei den Wahlen im Kanton Aargau im März besann sich die Freiheits-Partei auf ihr Kerngeschäft, auf das Lobbying für automobile Bürger, zurück. Unter dem Motto «Kampf dem Stau» beschloss sie an einem Parteitag im Mai, **gleich vier verkehrspolitische Volksinitiativen zu lancieren**. Mit der ersten Initiative soll die Umsetzung der vom Volk beschlossenen Alpeninitiative verhindert werden. Zwei weitere fordern eine zweite Strassentunnelröhre durch den Gotthard sowie den Ausbau der A1 zwischen Bern und Zürich auf sechs Spuren. Mit einer vierten Initiative soll das Beschwerderecht der Verbände in Sachen Umwelt- und Naturschutz sowie Raumplanung abgeschafft und der Gang vor Bundesgericht nur noch einzelnen Beschwerdeführern ermöglicht werden. Die in den letzten Jahren erfolgte Konzentration auf die Themen Asyl und Ausländer bezeichneten der Gründer der Partei, Nationalrat Michael Dreher (ZH), und Parteipräsident Roland Borer (SO) als Fehler. Mit der Themenrückkehr auf die drei «A» - **Ausgaben, Abgaben und Auto** - will sich die Freiheits-Partei auch klarer gegen die Schweizer Demokraten und den Zürcher Flügel der SVP abgrenzen.<sup>52</sup>

**POSITIONSPAPIER UND PAROLEN**  
DATUM: 25.08.1997  
EVA MÜLLER

Um die Gesundheitskosten zu senken, sprach sich der Parteiausschuss für eine **Radikalkur im Gesundheitswesen** aus. So sollen **öffentliche Spitäler und stationäre Pflegeeinrichtungen privatisiert** und die Universitätsspitäler sowie die dazugehörigen medizinischen Hochschulfakultäten auf zwei Standorte konzentriert werden. Den Gesetzgeber will sie verpflichten, die kassenpflichtigen Leistungen abzubauen und einen Leistungskatalog für medizinische Behandlungen in Spitälern auszuarbeiten. Die Ärztedichte soll mittels eines Numerus clausus beim Medizinstudium reduziert werden. Weiter verlangte die FPS für Personen mit besonderem Status (Asylsuchende und Flüchtlinge) eine eigene, selbsttragende Bundeskranken- und Unfallversicherung.<sup>53</sup>

**PARTEICHRONIK**  
DATUM: 24.12.1997  
EVA MÜLLER

Parteipräsident **Roland Borer** kündigte Ende Jahr seinen **Rücktritt auf Mai 1998 an**.<sup>54</sup>

**WAHLEN**  
DATUM: 19.04.1998  
URS BEER

Bei den kantonalen Wahlen in Bern **verlor die FPS zwei weitere Sitze** und büsste mit nunmehr vier Mandaten den Fraktionsstatus ein.

**PARTEICHRONIK**  
DATUM: 08.05.1998  
URS BEER

Als Nachfolger des nach vierjähriger Amtstätigkeit zurückgetretenen Roland Borer (SO) wählte die FPS zum **zweiten Mal Nationalrat und Bieler Polizeidirektor Jürg Scherrer an ihre Spitze**. Scherrer hatte sich interimweise bereit erklärt, das Amt des Präsidenten zu übernehmen, wollte aber zugleich einen vollamtlichen Parteisekretär an seiner Seite, um im politischen Alltag entlastet zu werden. Scherrer verstand es, sich und die Partei mit extremen Forderungen in die Schlagzeilen zu bringen. Nebst der Rückkehr zum Kerngeschäft, dem Auto, kündigte er den Aufbau von Leitplanken gegen den «Ausverkauf der Schweiz ans Ausland» und «gegen Zerfallserscheinungen» an. Als Sündenfälle nannte er die Holocaust-Debatte, die Solidaritätsstiftung, der ungebremste Zustrom von Asylanten, die Mutlosigkeit und Unfähigkeit der Regierenden, die anhaltende Verschleuderung von Steuergeldern sowie den seit der Waldsterbedebatte praktizierten «Umweltschwindel».<sup>55</sup>

**PARTEICHRONIK**  
DATUM: 11.06.1998  
URS BEER

Nach sieben Jahren als **FPS-Fraktionspräsident trat Walter Steinemann (SG)** aus gesundheitlichen Gründen und wegen der starken beruflichen Belastung **von seinem Amt zurück**. Seine Nachfolge trat **René Moser (AG)** an.<sup>56</sup>

**PARTEICHRONIK**  
DATUM: 09.11.1998  
URS BEER

Ein halbes Jahr nach seiner Amtsniederlegung als Parteipräsident gab **FPS-Nationalrat Roland Borer** aus wahltaktischen Gründen seinen **Übertritt zur SVP** bekannt. Er war der Meinung, dass es im Kanton Solothurn nur für eine bürgerliche Oppositionspartei Platz habe. Borer war nicht der erste prominente Abtrünnige, der der FPS den Rücken kehrte; 1996 war Ulrich Giezendanner (AG) der SVP beigetreten. Verärgert rief FPS-Präsident Scherrer alle Mandatsträger und Kantonalpräsidenten ultimativ auf, allfällige Parteiwechselabsichten bis Ende November offenzulegen und forderte von allen verbleibenden Mitgliedern vollen und bedingungslosen Einsatz im Wahlkampf 1999.<sup>37</sup>

**PARTEICHRONIK**  
DATUM: 03.08.1999  
DANIEL BRÄNDLI

Nachdem im April in den Zürcher Kantonsratswahlen die FP alle **drei bisherigen Sitze verloren** hatte, drehte Parteipräsident Scherrer (BE) bei der Delegiertenversammlung im Mai den Spieß um und versuchte die Niederlage der FP und den gleichzeitigen Sieg der SVP als Erfolg umzudeuten. Die SVP habe auf weiten Strecken die Politik der FP übernommen, das **Wahlergebnis sei somit auch eine Auszeichnung für das FP-Gedankengut**.

Im Juli wurde bekannt, dass sich der FP-Generalsekretär Patrick Eruimy (SO) **seit Mai nicht mehr im Amt befand**. Dabei war die Funktion des Generalsekretärs erst im Vorjahr neu geschaffen worden. Eruimy erklärte in einem Interview, dass es der Partei **schlicht an Geld** fehle, um das Amt weiterzuführen.<sup>38</sup>

**PARTEICHRONIK**  
DATUM: 14.09.1999  
DANIEL BRÄNDLI

Die Absetzbewegung prominenter Parteimitglieder der FP setzte sich im Berichtsjahr fort. Im Februar gab Nationalrat Gusset (TG) bekannt, er werde im Herbst auf einer eigenen KMU-orientierten Liste kandidieren. Im Juli erklärte **Gusset schliesslich seinen Austritt** aus der Partei. Die Sektion St. Gallen galt vor den Wahlen im Herbst ebenfalls als Sorgenkind. Nachdem **Nationalrat Steinemann (SG) seinen Rücktritt** bekannt gegeben hatte, und mehrere Kantonsratsabgeordnete zur SVP übergetreten waren, fehlte es der Sektion an Führungspersönlichkeiten.<sup>39</sup>

**PARTEICHRONIK**  
DATUM: 18.09.1999  
DANIEL BRÄNDLI

Am Wahlfest in Emmen (LU) vom September **geisselte die Partei den politischen Filz in anderen Parteien**. Den bürgerlichen Regierungsparteien warfen Scherrer und Dreher (ZH) eine fahrlässige Kompromissbereitschaft vor; die Linke dürfe nicht freiwillig an der Regierung beteiligt werden.<sup>40</sup>

**WAHLEN**  
DATUM: 06.11.1999  
DANIEL BRÄNDLI

Bei den Nationalratswahlen verlor die ehemalige Autopartei **alle ihre bisherigen sieben Sitze**. Ihr Stimmenanteil **ging von 4,0 auf 0,9%** zurück. Ihre ehemaligen Abgeordneten Giezendanner (AG) und Borer (SG) schafften die Wiederwahl auf SVP-Listen und verhalfen damit der SVP zu Sitzgewinnen.

Im November wurde im Anschluss an die Präsidentenkonferenz in Aarau bekannt gegeben, dass **die FP weiterhin bestehen bleibe**. Sowohl die Kantonalpräsidenten als auch die Kantonsparlamentarier hätten den Entschluss unterstützt. Die Konferenz beauftragte das Präsidium, die künftige Ausrichtung der Partei neu zu definieren. Parteipräsident Scherrer wurde im Amt bestätigt. Im Dezember beschloss die **St. Galler-Kantonalpartei**, welche die Bezeichnung Autopartei beibehalten hatte, **sich aufzulösen**. Die Hälfte ihrer zehn Kantonsräte war bereits vor den Nationalratswahlen zur SVP übergetreten.<sup>41</sup>

**POSITIONSPAPIER UND PAROLEN**  
DATUM: 29.11.2000  
DANIEL BRÄNDLI

Erzürnt über die **Nein-Parole** seiner Partei **zu den bilateralen Verträgen mit der EU** trat der langjährige Nationalrat (ZH) und Gründer der FP, **Michael Dreher**, im April mit sofortiger Wirkung aus dem Parteipräsidium zurück. Mit diesem Entscheid habe sich die Partei in die Gesellschaft von Sekten, Splittergruppen und Schweizer Demokraten begeben. Im November gründete Dreher gemeinsam mit sieben Mitstreitern, darunter auch der Aargauer FDP-Nationalrat Luzi Stamm, eine Stiftung „Auto Union zum Schutz der Automobilisten und der freien Mobilität“.<sup>42</sup>

**PARTEICHRONIK**  
DATUM: 31.12.2000  
DANIEL BRÄNDLI

Nach einem vernichtenden Wahljahr 1999 und einem schlechten Jahresdebüt in St. Gallen, bei dem sämtliche Kantonsratssitze verloren gingen, wollte sich die Freiheitspartei für die Zukunft klarer positionieren. An der Delegiertenversammlung in Aarau wurden die **neuen alten Kernbereiche** festgelegt: **Verkehrs-, Asyl- und Finanzpolitik**. Wer sich mit der politischen Ausrichtung der Partei nicht identifizieren könne, solle sich nach Meinung der Parteileitung anderweitig orientieren. Ende Jahr blieb der FP in der Ostschweiz schliesslich noch ein einziger Thurgauer Parlamentssitz. In Schaffhausen und Basel-Stadt wurde sie gänzlich aus der Legislative verdrängt. In der Stadt Biel wurde dagegen Polizeidirektor Jürg Scherrer bestätigt.<sup>43</sup>

**WAHLEN**  
DATUM: 31.12.2001  
MAGDALENA BERNATH

Die Kantonalsektion Thurgau der Freiheitspartei wurde aufgelöst; damit ist die FP **nur noch in den Kantonen Bern und Aargau vertreten**. In den Parlamentswahlen im Aargau verlor sie drei Sitze und verfügt nur noch über einen einzigen Abgeordneten; in Solothurn waren die vier Parlamentsmitglieder im Verlauf der vergangenen Legislaturperiode zur SVP übergetreten. Die Parolen der FP für die eidgenössischen Vorlagen stimmten mit denjenigen der SVP überein.<sup>44</sup>

**GERICHTSVERFAHREN**  
DATUM: 21.02.2002  
MAGDALENA BERNATH

Der Präsident der Freiheitspartei Schweiz, der Bieler Polizeidirektor **Jürg Scherrer**, wurde von einem Einzelrichter **vom Vorwurf der Rassendiskriminierung freigesprochen**.<sup>45</sup>

**WAHLEN**  
DATUM: 31.12.2002  
MAGDALENA BERNATH

Im **Kanton Bern** ist die FP **aus dem Parlament ausgeschieden**, nachdem zwei ihrer vier Abgeordneten bereits während der letzten Legislatur zur SVP übergetreten waren. Die FP ist nur noch in den Kantonen Aargau und Thurgau mit je einem Sitz im Parlament vertreten.

**GERICHTSVERFAHREN**  
DATUM: 05.11.2003  
MAGDALENA BERNATH

Das Obergericht des Kantons Bern bestätigte ein Urteil gegen den Präsidenten der Freiheitspartei, Jürg Scherrer (BE), wegen **Rassendiskriminierung**.<sup>46</sup>

**WAHLEN**  
DATUM: 31.12.2003  
MAGDALENA BERNATH

Die Freiheitspartei kandidierte zwar in den Kantonen Zürich, Bern, Basel-Land, Aargau und Thurgau für den Nationalrat, errang jedoch **keinen Sitz**.

**WAHLEN**  
DATUM: 31.12.2004  
MAGDALENA BERNATH

Während die FP in den Parlamentswahlen im Thurgau ihr letztes Mandat abgeben musste, gelang es ihr in der Stadt **Biel**, mit einem **zweiten Vertreter** in die achtköpfige **Exekutive** einzuziehen. Gemäss Einschätzungen von Politologen schöpfe die FP in Biel jenes Potential ab, das andernorts an die SVP gehe. Dank seiner Persönlichkeit und seines Stils, der an gewisse SVP-Exponenten erinnere, habe Parteipräsident Jürg Scherrer seine Hausmacht halten können.<sup>47</sup>

**WAHLEN**  
DATUM: 31.12.2005  
MAGDALENA BERNATH

Die FP schied aus dem von 200 auf 140 Sitze verkleinerten aargauischen Grossen Rat aus und ist **in keinem einzigen kantonalen Parlament mehr vertreten**.

**WAHLEN**  
DATUM: 31.12.2006  
STEPHAN SCHOENHOLTZ

Die Freiheitspartei ist nach den **Wahlen 2006** wieder mit einem Sitz im Berner Grossen Rat vertreten.

**PARTEICHRONIK**  
DATUM: 08.08.2007  
SABINE HOHL

Die Freiheitspartei des Kantons Bern feierte im Berichtsjahr ihr **20-jähriges Bestehen**. Mit nur noch einem Sitz im Berner Grossen Rat, den Jürg Scherrer (Mitglied der Bieler Stadtexekutive) hält, spielt sie politisch praktisch keine Rolle mehr. Sie fiel aber mit einer Hetzkampagne gegen den dunkelhäutigen Bieler SP-Nationalratskandidaten Ricardo Lumengo auf. Die FP warf diesem vor, nach einem Selbstunfall nach Hause gefahren zu sein, ohne die Polizei zu benachrichtigen.<sup>48</sup>

#### WAHLEN

DATUM: 21.10.2007  
SABINE HOHL

Bei den **Nationalratswahlen trat die FP nur in Bern und Zürich an** und blieb ohne Erfolg, sie erreichte gesamtschweizerisch 0,1% Stimmenanteil.

#### GESELLSCHAFTLICHE DEBATTE

DATUM: 23.10.2008  
STEPHAN SCHOENHOLTZ

Die praktisch nur noch in Biel existierende Freiheits-Partei machte dort wiederholt durch ihren **Gemeinderat** und Parteipräsidenten Jürg Scherrer von sich reden. Im Zuge seiner verschiedenen gegen Ausländer gerichteten Äusserungen kam es zu Diskussionen im Bieler Parlament und im Gemeinderat, inwiefern das Doppelmandat von Regierungsmitglied und Parteipräsident miteinander vereinbar sei. Eine entsprechende Motion des Freisinnigen Peter Moser gewann nur in abgeschwächter Form die Zustimmung des Stadtparlaments. Die Debatte im Stadtrat machte jedoch klar, dass eine Mehrheit der Auffassung ist, dass Scherrers Verhalten, zuletzt eine Aktion gegen Minarette, das Ansehen der Stadt und ihrer Exekutive schädige.<sup>49</sup>

#### POSITIONSPAPIER UND PAROLEN

DATUM: 31.12.2008  
SABINE HOHL

Anfang des Jahres wurde Peter Commarmot (AG) zum neuen Präsidenten der Freiheitspartei Schweiz (FPS) gewählt. Er löste Jürg Scherrer ab. Die Delegierten der FPS fassten an ihrer Versammlung im April in Reiden (LU) folgende Parolen: Ja zur Initiative „für Volkssouveränität statt Behördenpropaganda“ und zur SVP-Einbürgerungsinitiative, Nein zum Gesundheitsartikel. **Jürg Scherrer, Gemeinderat der FP in Biel**, trat nach 16 Jahren Amtszeit nicht mehr zu den Wahlen an. Die FP konnte seinen hauptamtlichen Sitz nicht halten, ihr verbleibt ein nebenamtlicher Sitz. Die FP Biel war gemeinsam mit der SVP zu den Wahlen angetreten, was zu einem Konflikt mit der kantonbernischen FP führte. Die Freiheitspartei hat nur noch einen Sitz im Bernischen Grossen Rat und auf lokaler Ebene die Sitze in der Bieler Exekutive und Legislative. Die Partei lehnte im Herbst die Hanfliberalisierungsinitiative, das revidierte Betäubungsmittelgesetz, die Unverjährbarkeitsinitiative und die SGB-Initiative für ein flexibles AHV-Alter ab. Sie befürwortete die Initiative für eine Einschränkung des Verbandsbeschwerderechts.<sup>50</sup>

#### PARTEICHRONIK

DATUM: 14.11.2009  
SABINE HOHL

René Schlauri, Exekutivmitglied der Freiheits-Partei in der Stadt Biel, wurde aus der FP-Sektion des Kantons Bern ausgeschlossen. Die kantonale Sektion begründete dies damit, dass sich Schlauri zu weit von der Parteilinie entfernt habe. Schlauri trat in der Folge der SVP bei, die damit neu in der Exekutive von Biel vertreten ist. Jürg Scherrer, ehemaliger Gemeinderat in Biel und Mitglied des Berner Grossen Rates, kündigte an, bei den Grossratswahlen 2010 nicht mehr anzutreten. Im Herbst kehrte die Freiheits-Partei Schweiz wieder zu ihrem ursprünglichen Namen **Auto-Partei** zurück.<sup>51</sup>

#### PARTEICHRONIK

DATUM: 19.01.2011  
MARC BÜHLMANN

Die Autopartei, die sich von ihrem zwischenzeitlichen Namen „Freiheitspartei“ wieder verabschiedet hatte, trat nach einigem hin und her nicht zu den Nationalratswahlen an. Im Januar wurde **Jürg Scherrer zum Parteipräsidenten gewählt**. Scherrer, der die Partei bis 2008 präsidiert hatte, folgte auf den 2010 zurückgetretenen Peter Commarmot.<sup>52</sup>

#### VOLKSINITIATIVE

DATUM: 19.05.2012  
MARC BÜHLMANN

Der Präsident der Autopartei, Jürg Scherrer, kündigte im Berichtsjahr gleich drei **Volksinitiativen** an, mit denen die einst erfolgreiche Einthemenpartei wieder von sich reden machen soll. Die Begehren fordern den Ausbau des Autobahnnetzes, die Verwendung des Reinertrags der Mineralölsteuer alleine für den Strassenverkehr sowie höhere Tempolimiten. An der Delegiertenversammlung vom 19. Mai hiessen die Abgeordneten die Pläne ihres Präsidenten gut. Im Berichtsjahr wurden die Begehren allerdings noch nicht lanciert.<sup>53</sup>

#### VOLKSINITIATIVE

DATUM: 14.05.2013  
MARC BÜHLMANN

Ende Mai startete die Autopartei unter dem Namen **„Das 3er Paket“** mit der Sammlung von Unterschriften für gleich drei Volksinitiativen. Die Initiative „Ja zu vernünftigen Tempolimiten“ fordert eine Tempolimitenerhöhung auf 130 km/h auf Autobahnen und auf 100 km/h ausserorts. Die Initiative „Freie Fahrt statt Mega-Staus“ will das Autobahnnetz massiv ausbauen. Gefordert wird unter anderem auch ein Ausbau des Gotthardtunnels auf mindestens vier Spuren. Das dritte Begehren mit dem Titel „Strassengelder gehören den Strassen“ fordert – wie die bereits von Autoimporteuren lancierte „Milchkuhinitiative“ – dass Strassengebühren nur für den Strassen- und nicht für den öffentlichen Verkehr verwendet werden. Zusätzlich wird eine Reduktion der

Gebühren verlangt. Parteipräsident Jürg Scherrer zeichnet für die Initiativen verantwortlich.<sup>54</sup>

VOLKSINITIATIVE  
DATUM: 22.11.2014  
MARC BÜHLMANN

Die Neulancierung für die **Autopartei** mit drei Initiativen musste im Berichtjahr als gescheitert bezeichnet werden. Das Comeback gelang deshalb nicht, weil für die drei Begehren, die die Erhöhung der Tempolimiten, einen Ausbau des Autobahnnetzes und den Einsatz von Strassengebühren ausschliesslich für den Strassenverkehr verlangt hätten, nicht genügend Unterschriften gesammelt werden konnten. Parteipräsident Jürg Scherrer gab an, nur auf rund 60 bis 80'000 Unterschriften pro Vorlage gekommen zu sein; für eine kleine Partei sei es sehr schwierig, ohne finanzielle Mittel die direkte Demokratie zu nutzen, gab Scherrer zu Protokoll. Er beklagte auch, dass es zu viele Initiativprojekte gebe. Tatsächlich hatten ein alternatives Begehren für die Erhöhung der Tempolimiten sowie die Milchkuhinitiative, welche die ausschliessliche Verwendung der Strassengebühren für den Strassenverkehr verlangt, mehr Aussichten auf Erfolg.<sup>55</sup>

- 
- 1) JdG, 13.5.92; Presse vom 16.5.92.
  - 2) NZZ vom 19.3.90 und 7.5.90
  - 3) NZZ vom 25.1.90, 7.5.90 und 22.10.90; SZ vom 23.1.90, 24.1.90 und 5.2.90; LNN vom 25.7.90; Tacho (1990). Nr. 6
  - 4) M. Dreher (1990). Freiheit, Marktwirtschaft und persönliche Entfaltung als politische Leitlinien!; NZZ vom 30.1.90 und 22.10.90; Tacho (1990). Nr. 4, S. 4, 7 und 19
  - 5) Suisse vom 9.6.90; JdG vom 30.4.90, 7.5.90, 11.6.90, 19.10.90 und 21.11.90
  - 6) JdG vom 7.11.90; Joly (1991). Virage à droite: deux ans sous le capot du Parti des automobilistes
  - 7) Presse vom 22.4.91
  - 8) BBl, 1991, III, S. 997; NZZ vom 28.1.91; TA vom 28.10.91; Presse vom 22.11.91
  - 9) L'Hebdo vom 8.5.91; NZZ vom 18.9.91; SGT vom 20.6.91
  - 10) Presse vom 28.10.90 und 25.11.91; Ww vom 28.11.91
  - 11) BZ vom 31.8.92; Tacho (1992). Nr. 9, S. 3.
  - 12) NZZ vom 13.4.92; TA vom 31.8.92; Parolen 1992
  - 13) TA vom 13.4.92
  - 14) 24 Heures und NZZ vom 9.11.92
  - 15) BaZ, 6.7.92, 9.7.92 und 10.11.92
  - 16) SZ vom 28.11.92; NQ vom 10.11.92
  - 17) LZ, 30.1.93.
  - 18) SGT, 23.2. und 14.4.93; WoZ, 19.3.93; NZZ, 29.3.93.
  - 19) NZZ, 8.2., 3.5., 6.9. und 8.11.93; BZ, 21.7.93; Parolen 1993
  - 20) Presse vom 9.5.94; LNN, 13.5.94; SGT, 31.10.94; TA, 1.11.94
  - 21) BaZ, 20.8.94
  - 22) Parolen 1994
  - 23) NZZ, 22.5.95
  - 24) WoZ, 7.4.95; Bund, 25.8.95; TA, 26.8.95
  - 25) NZZ, 28.8.95
  - 26) Bund, 22.11.95
  - 27) NZZ, SGT und TA, 12.2.96
  - 28) TA, 13.5.96.
  - 29) BaZ, 29.3.96; TA, 15.4.96; NZZ, 22.4. und 28.5.96
  - 30) NZZ, 19.8.96
  - 31) TA, 27.11.96; NZZ, 28.11.96
  - 32) TA, 3.5.97; SoZ, 4.5.97; Presse vom 5.5.97; AZ, 29.7.97
  - 33) TA, 25.8.97
  - 34) AZ und NZZ, 24.12.97
  - 35) NZZ, 8.1. und 18.4.98; TA, 6.5.98; SGT, 9.5.98; Presse vom 11.5.98; Ww, 14.5.98; SZ, 8.5.98
  - 36) NZZ, 11.6.98
  - 37) Presse vom 9.-14.11.98; Ww, 19.11.98
  - 38) NZZ, 18.1., 22.3., 10.5., 20.7. und 23.8.; TA, 17.2.99; Bund, 26.5.99; SoZ, 3.8.99
  - 39) NZZ, 13.2., 20.7. und 14.9.99
  - 40) NLZ, 20.9.99
  - 41) NZZ, 8.11. und 11.12.99; NLZ, 6.11.99
  - 42) Presse vom 17.4.00; NZZ, 29.11.00 (Stiftung).
  - 43) NZZ, 4.12.00.; Presse vom 14.2.00.
  - 44) LT, 25.4.01. 61
  - 45) Bund und NZZ, 21.2.02.
  - 46) Bund, 5.11.03.
  - 47) AZ, 30.9.04; BaZ, 1.10.04.
  - 48) Bund, 19.5.07; BZ, 8.8.07.
  - 49) BZ, 23.10.06.
  - 50) Präsidium: SGT, 28.1.08. Parolen: NZZ, 30.4.08. Wahlen in Biel: BZ, 9.1. und 21.1.08; BaZ, BZ, Bund und LT, 30.9.08.
  - 51) BZ, 5.2. und 4.6.09; Bund, 14.11.09.
  - 52) NZZ, 18.1.11; BaZ, 19.1.11.
  - 53) BBl, 2012, S. 703.; Blick, 5.5.12; NZZ, 21.5.12.
  - 54) Blick, 14.5.13
  - 55) Blick, 6.11.14; LZ, 24.11.14